



Vertrauen aufs Spiel gesetzt? Das Sparkassensymbol stand bisher für Verlässlichkeit. Viele Kunden mit gekündigten Prämienverträgen sehen das inzwischen anders.

FOTO: PETER KNEFFEL

# Wie sich Sparkassen mit Zehntausenden Kunden anlegen

Eine Kündigungswelle schwappt über das Land: Sparkassen lösen einseitig Prämienverträge auf und stützen sich dabei auf ein höchstrichterliches Urteil. Doch viele Sparer wehren sich und machen sogar eigene Forderungen geltend.

Von Jörg Spreemann

**NEUBRANDENBURG.** Da muss mächtig was schief gegangen sein: Die Sparkasse Zwickau schließt mit einer Kundin einen Prämien-sparvertrag ab. Eingetragene Laufzeit: 1188 Monate, macht exakt 99 Jahre. Jahre später kündigt die Sparkasse den Vertrag – zu Unrecht befand in diesen Tagen das Dresdner Oberlandesgericht. Der Darstellung der Sparkasse, die lange Laufzeit sei irrtümlich infolge einer Umstellung von Computerprogrammen eingetragen worden, wollten die Richter nicht folgen.

Eine Welle überrollt Deutschland: Massenhaft kündigen Sparkassen ihren Kunden die Prämien-sparverträge, die vor weit mehr als zehn Jahren abgeschlossen wurden und hohe Bonuszahlungen für die Kunden versprochen hatten. Experten kommen kaum mit dem Nachrechnen hinterher: Mehr als 40 Sparkassen, so konservative Schätzungen, haben bisher mehr als 100 000 Verträge gekündigt.

Den Weg dafür teilweise freigemacht hatte im Mai der Bundesgerichtshof. Das Vorgehen der Geldhäuser sei wegen der allgemein niedrigen Zinsen gerechtfertigt, wenn die vereinbarte Höchstprämie einmal erreicht wurde, so die Begründung der obersten Richter. Danach dürften die Sparkassen die teuren Altverträge gemäß ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen aber „bei Vorliegen eines sachgerechten Grundes“ mit drei Monaten Kündigungsfrist beenden, sagte seinerzeit der Senatsvorsitzende Jürgen Ellenberger.

Die niedrigen Zinsen treffen die Sparkassen mitten in ihr Geschäftsmodell, das sich lange aus der Spanne von höheren Kreditzinsen und darunter liegenden Sparzinsen finanziert hat. Wegen der Niedrigzinsstrategie der Europäischen Zentralbank (EZB) jedoch schlagen die Altverträge schwer zu Buche, weil die dort versprochenen Jahresprämien von bis zu 50 Prozent aus einer längst vergangenen Finanzwelt stammen und von den Sparkassen nur unter Schmerzen auf-

gebracht werden können. Der Wind hat sich gedreht: Banken und Sparkassen müssen bei der EZB sogar Strafzinsen zahlen, wenn die gebunkerten Einlagen zu hoch sind.

„Noch zufriedenstellend“, haben Michael Ermrich und Wolfgang Zender, die Chefs des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, die Finanzlage der 45 Geldhäuser in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen eingeschätzt. Im Finanzdeutsch ein Alarmsignal. „Es ist den Verwaltungsräten und den Vorständen erneut gelungen, viele negative Auswirkungen abzufedern“, sagt der Geschäftsführende Präsident Michael Ermrich im Begleittext zum aktuellen OSV-Jahresbericht mit blumigen Worten. Das zeige, dass ein aktives Gegensteuern, wie es auch Inhalt „unserer Geschäftsstrategie 2020“ ist, sehr sinnvoll erscheint. „Die Strategie wird darum fortentwickelt.“

Und diese Strategie rollt in Ostdeutschland von Süd nach Nord durch die Lande – und beschäftigt in Sachsen bereits mehrere Gerichte. Die Kläger sind Sparkassenkunden, die gegen die Kündigungen ihrer Verträge anrennen. Sie haben den Verdacht, dass die Sparkassen den „Joker“ des Bundesgerichtshofs zu weit auslegen.

## Verbraucherschützer sehen dreisten Fall in Brandenburg

„Sparkassenskandal“, nennt Thomas Storch das Vorgehen der Geldhäuser. „Betroffen sind insbesondere Leute im Alter von 60 bis 90 Jahren“, erklärt der Berliner Rechtsanwalt, der zahlreiche Betroffene vertritt. Die Bankenchefs gingen davon aus, dass in dieser Altersgruppe der juristische Widerstand besonders gering ist. „Wenn sich mehr als 80 Prozent alles gefallen lassen und nur wenige klagen, machen die Sparkassen trotzdem ihren Schnitt“, ahnt Storch.

Ein heikler Fall zeichnet sich jetzt in Brandenburg ab. Als fünfte Sparkasse im Land, die Uckermark ist bisher nicht betroffen, hat die Sparkasse Ostprignitz-Ruppin Tausende Prämien-sparverträge gekündigt. „Das Vorgehen ist im Vergleich zu den Kündigungen

anderer Sparkassen besonders dreist“, kritisiert Erk Schaarschmidt, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Brandenburg. Nach den vorliegenden Verträgen habe die Sparkasse eigentlich die Zahlung einer Sparprämie bis zum 25. Laufzeitjahr versprochen, sagt er.

In Mecklenburg-Vorpommern dagegen herrscht Ruhe. Bisher hat sich keine Sparkasse mit Massenkündigungen aus der Deckung gewagt. Trotzdem hat Finanzexpertin Bärbel Petterson von der Verbraucherzentrale MV zahlreiche Anfragen zum bundesweiten Aufreger beantwortet. „Das spricht sich natürlich rum. Auch wenn ein Prämien-sparer von einer Kündigung nicht betroffen ist, könnte die Sparkasse während der Laufzeit zu wenig Zinsen gezahlt haben“, erklärt sie.

Ihr Kollege Stephan Tietz nennt den Grund. „In den Verträgen war neben der Prämie ein variabler Zinssatz vereinbart. Die wurden aber nach Gutdünken an die aktuelle Entwicklung angepasst“, betont er. Deswegen sei die Wahrscheinlichkeit hoch, dass auch in MV zu wenig Zinsen gezahlt wurden. Es habe keinen Referenzwert gegeben, an dem die Kunden hätten überprüfen können, wie schwankende Zinsen weitergegeben wurden. Damit gibt Tietz die Rechtsauffassung der Verbraucherzentralen wieder, die sich auf weitere Beschlüsse des Bundesgerichtshofs bezieht.

Bei den Zinsen könnte die Kündigungswelle der Prämienverträge für die Sparkassen zum teuren Damoklesschwert werden. Allein bei der Verbraucherzentrale in Sachsen haben 3800 verärgerte Kunden ihre Zins-einnahmen kostenpflichtig durchrechnen lassen, darunter auch aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die Verbraucherzentralen in Sachsen und Baden-Württemberg haben sich darauf spezialisiert.

„In nur einem einzigen Fall wurden nach unserer Ansicht genug Zinsen gezahlt“, so Christina Siebenhüner, Sprecherin der Verbraucherzentrale Sachsen in Leipzig. Weil jeder Monat einzeln kontrolliert werden müsse, sei die Prüfung aufwendig. Siebenhüner nennt 2800 Euro als durchschnittlich

## Niedrige Dauerzinsen werden bei Verbrauchern abgeladen

Die niedrigen Dauerzinsen stellen alle Banken vor Herausforderungen. Verbreitet drehen die Geldhäuser an der Gebührenschraube. Laut dem Finanzportal „biallo.de“ haben 400 von 1300 Banken in diesem Jahr ihre privaten Girokonten teurer gemacht. Rund 800 Finanzinstitute kassieren inzwischen in Teilen ihrer Kontomodelle Gebühren für das Geldabheben. Dazu tauchen auch Negativzinsen ab dem ersten Euro für Privatkunden auf – wie bei der Sparkasse Stendal für Neuanleger auf einem Tagesgeldkonto. jsp

ermittelte Summe zu wenig gezahlter Zinsen. Allerdings haben ihren Angaben zufolge die Sparkassen bisher nur in Einzelfällen ausstehende Zinsforderungen der Sparer beglichen. Die Folge: In Sachsen sind für die Sparkassen Leipzig und Erzgebirge sogenannte Musterfreistellungsklagen anhängig, denen sich bisher rund 1050 Kunden angeschlossen haben. Dieses Verfahren war erstmals nach dem Dieselbetrug von Volkswagen angewendet worden.

Angesichts dieser juristischen Scharmützel nimmt der Chef der Verbraucherzentrale Brandenburg nun auch die Politik in die Pflicht. „Die Sparkassen sind Anstalten Öffentlichen Rechts und sollten sich auf ihre Aufgabe besinnen, das Sparen und die Vermögensbildung zu fördern“, fordert Christian A. Rumpke. Die Richtlinien der Geschäftspolitik bestimme der Verwaltungsrat – meist bestehend aus Abgeordneten, Landräten und Bürgermeistern. Diese müssten jetzt für Vertragstreue und Verlässlichkeit der Sparkassen eintreten.

**Kontakt zum Autor**  
j.spreemann@nordkurier.de